REINEMUND: Grüne Steuerpläne: Gefahr im Verzug für die Mitte

REINEMUND: Grüne Steuerpläne: Gefahr im Verzug für die Mitte

BERLIN. Zu den Steuerplänen der Grünen erklärt die Vorsitzende des Finanzausschusses des Deutschen Bundestages Birgit REINEMUND:
Jürgen Trittin kann es noch so oft wiederholen: seine Beschwichtigungen werden nicht richtiger! Es ist ein Ammenmärchen, dass durch die Steuerpläne seiner Partei 90 % der Bevölkerung entlastet würden. Im Gegenteil, die Mehrheit der Bevölkerung wird belastet. Dies haben jüngst Berechnungen des Karl-Bräuer-Institutes sowie des Bundes der Steuerzahler eindeutig belegt. Bei zwölf Gehältern im Jahr wären Monatseinkommen von knapp 5.200 Euro betroffen, bei 13 Monatsgehältern sogar schon solche ab rund 4.770 Euro. Diese Pläne treffen den Facharbeiter und eben nicht den Topmanager.
Die Rückendeckung der selbst ernannten Finanzexpertin der SPD, Andrea Nahles, lässt vermuten, dass die Sozialdemokraten sich durchaus über ihr eigenes Steuererhöhungsprogramm hinausgehende Steuern vorstellen können in einer rot-grünen Koalition.
Die Kombination von über 17 Steuererhöhungen plus weiterer Abgabenerhöhungen trifft sehr wohl die breite Mitte unserer Gesellschaft. Rund 60.000 Euro Jahreseinkommen ist ein Facharbeitergehalt und gehört bei weitem nicht zu den oberen 10 % der Einkommen.
Entlastungen für Einkommen darunter halten einer Prüfung kaum stand:
- Die Abschaffung des Ehegattensplittings trifft vor allem Familien und mittlere Einkommen.
- Eine höhere Besteuerung auf Immobilienbesitz führt zu Mieterhöhungen, betroffen sind hier die Mieter, nicht die "reichen Immobilienbesitzer".
- Die Erhöhung der Sozialversicherungsgrenze belastet jeden, der mehr 3.900 Euro pro Monat verdient.
- Die Mehrbelastung unserer Unternehmen, vor allem des Mittelstands, gefährdet Arbeitsplätze.
Hier leiden nicht die Top-Verdiener, wie Jürgen Trittin es uns immer weis machen will. Es trifft die Arbeitnehmer, die Mieter, die Facharbeiter, die Mitte der Gesellschaft.
Wenn die Opposition die Entlastung der unteren und mittleren Einkommen wirklich wollte, hätte sie die Abmilderung der kalten Progression im Bundesrat nicht verhindern dürfen. Da können die Spitzen der Grünen und der SPD noch so gebetsmühlenartig das Gegenteil behaupten. Klar ist nur eines: Rot-Grün gefährdet die Mitte Deutschlands.
Dies ist unsozial und eine Gefahr für Wohlstand der Deutschen, für die Wettbewerbsfähigkeit unserer Unternehmen und gefährden Arbeitsplätze in Deutschland.

FDP
Thomas-Dehler-Haus, Reinhardtstrasse 14
10117 Berlin
Deutschland
Telefon: 030 - 28 49 58 43
Telefax: 030 - 28 49 58 42
Mail: presse@fdp.de
URL: http://www.fdp.de
<img src="http://www.pressrelations.de/new/pmcounter.cfm?n_pinr_=531768" width="1" height="1">

Pressekontakt

FDP

10117 Berlin

fdp.de
presse@fdp.de

Firmenkontakt

FDP

10117 Berlin

fdp.de
presse@fdp.de

Eine Geschichte als Herausforderung.Der Liberalismus begann seinen historischen Weg als Philosophie der Freiheit und als politische Bewegung für die Rechte des Einzelnen. Die Willkürherrschaft des Absolutismus stand im Widerspruch zur Idee einer freiheitlichen Gesellschaft. Mit dem Verfassungsstaat hat der Liberalismus den Absolutismus überwunden. Als erste politische Bewegung hat der Liberalismus dem einzelnen Bürger, seiner menschlichen Würde und seinen Menschenrechten der Freiheit und Gleichheit Vorrang vor der Macht des Staates eingeräumt. Schritt für Schritt verwirklichten Liberale den modernen Verfassungsstaat mit individuellen Grundrechten, der freien Entfaltung der Persönlichkeit, dem Schutz von Minderheiten, der Gewaltenteilung und der Rechtsbindung staatlicher Gewalt.Der Liberalismus hat als Freiheitsbewegung nicht nur für die Gleichheit vor dem Gesetz gekämpft, sondern auch für Chancengleichheit in der Gesellschaft. Mit der Marktwirtschaft und ihrer sozialen Verpflichtung hat der Liberalismus neue Chancen gegen Existenznot und konservative Erstarrung der gesellschaftlichen Strukturen eröffnet.Die liberale Verfassung unserer Bundesrepublik Deutschland hat mehr demokratische Stabilität, mehr allgemeinen Wohlstand, mehr soziale Gerechtigkeit und Rechtsstaatlichkeit hervorgebracht, als dies je zuvor in der Geschichte der Fall gewesen ist. Und dennoch ist die Idee der Freiheit den schleichenden Gefahren der Gewöhnung und Geringschätzung ausgesetzt. Weniger Teilhabe am demokratischen Staat, weniger Chancen für ein selbstbestimmtes Leben durch weniger Chancen auf einen sicheren Arbeitsplatz, Entmündigungen durch kollektive Zwangssysteme und bevormundende Bürokratie sind neue Bedrohungen der Freiheit. Liberale haben nach 1945 der Idee der Freiheit zum erneuten Durchbruch verholfen. Die FDP war stets der Motor für Reformen, wenn es um Richtungsentscheidungen zugunsten der Freiheit ging. Nur durch die FDP konnte in den fünfziger Jahren die Soziale Marktwirtschaft gegen die Sozialdemokraten und Teile der Christdemokraten durchgesetzt werden. Nur durch die FDP konnte sich in den siebziger Jahren mehr Bürgerfreiheit gegen konservative Rechts- und Gesellschaftspolitik durchsetzen. Die Liberalen waren Vorreiter für die Demokratisierung und Liberalisierung der Gesellschaft, gegen obrigkeits- staatliche Bevormundung und Engstirnigkeit. Unsere Politik der marktwirtschaftlichen Erneuerung in den achtziger Jahren brachte neue Arbeitsplätze und mehr Wohlstand für mehr Bürger.Ein großer Teil des Widerstands gegen das sozialistische Staatswesen erwuchs aus der Attraktivität des freiheitlich-liberalen Gesellschafts- und Wirtschaftssystems. Das in den europäischen Integrationsprozeß eingebettete, vereinte Deutschland ist das freiheitlichste unserer Geschichte.